

Pulsnitzer Wochenblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezahler keinen Anspruch auf Freiergang oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 3100.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 3000.—; durch die Post monatlich M 3000.— freiübend.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gehaltene Heftzeile (Möbe's Zeilenmesser 14) M. 250.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 200.—. Antilige Zeile M 750.—, und M 600.— Reflektive M 600.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauber und tabelarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengehälter durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Brechnachlass in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsberg, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Oberstein, Niederstein, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von C. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 59.

Donnerstag, den 17. Mai 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 16 des Handelsregisters, die Firma **C. G. Grobmann, Gesellschaft** mit beschränkter Haftung in **Großröhrsberg** betreffend, ist heute eingetragen worden:

Die Prokura des Kaufmanns **Hans Karl Berthold Kipke** in **Großröhrsberg** ist erloschen.

Amtsgericht Pulsnitz, am 3. Mai 1923.

Stadtbad.

I. Das hiesige Stadtbad wird kommenden Freitag, den 18. Mai 1923 für die öffentliche Benutzung freigegeben.

II. Die Preise für Benutzung des Stadtbades sind folgende:

Es kostet:

a) eine Einzelkarte für Kinder	20 M
eine Einzelkarte für Erwachsene	100 M
eine Einzelkarte mit Kabine	mehr 100 M
eine Monatskarte für Erwachsene	1 000 M
eine Monatskarte für Erwachsene mit Kabine	2 000 M
eine Jahreskarte für Kinder	500 M
eine Jahreskarte für Erwachsene	6 000 M
eine Jahreskarte für Erwachsene mit Kabine	10 000 M
b) für Benutzung von Badewäsche wird erhoben:	
für Badehosen für Erwachsene	80 M
für Badehosen für Kinder	30 M
für Badanzüge für Frauen	150 M
für Badanzüge für Mädchen	60 M
für Handtücher je	50 M

III. Das Bad ist grundsätzlich ein Familienbad und wird von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet sein. Als besondere Badzeiten sind festgesetzt: Mittwoch vormittags 6 bis 10 Uhr auschl. für Herren, Mittwoch nachmittags 12-5 Uhr auschl. für Damen, Dienstags und Donnerstags von abends 7 Uhr ab auschl. für den hiesigen Schwimmverein.

IV. Zum Badeaufsichtsrat wird wiederum für dieses Jahr bestimmt worden Herr **Emil Kühne** (Walmühlenteich) bezw. dessen Ehefrau.

Im übrigen sind die Bestimmungen der Badeordnung, die im Stadtbad aushängen oder in der Rats-Anzahl eingesehen werden können, sowie die Anordnungen der vom Stadtrat bestimmten Kontrollpersonen zur Vermeidung der Bestrafung genau zu beachten.

Pulsnitz, den 17. Mai 1923.

Der Stadtrat.

Mehl- und Brotpreise.

Infolge Erhöhung der Unkosten im Bäckergewerbe und der Gefellensöhne müssen die Preise für das auf Marken abzugebende Mehl, Brot und Weißgebäck vom 20. Mai 1923 ab (Brotmarken mit dem Buchstaben Y 1-4) wie folgt festgesetzt werden:

1 Pfund Brot	182 M
2 "	364 "
3 "	546 "
1 1900 Gramm-Brot	690 "
1 Pfund Roggenmehl im Kleinhandel	180 "
1 Weizenmehl	200 "
1 Semmel im Gewicht von 80 g.	35 "

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 12. Mai 1923.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken

findet Freitag, am 18. Mai 1923 im Ratskeller — 1 Treppe — 8-1 vom. Uhr und 3-5 Uhr nachm. in der üblichen Weise statt.

Haushaltungen, welche Brotmarken an diesem Tage nicht abholen und zu einer anderen Zeit erscheinen, haben je 100 M Gebühr abzuführen.

Pulsnitz, am 16. Mai 1923.

Der Stadtrat.
Lebensmittelamt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Pulsnitz

Auf Grund der Verordnung des Reichsministers vom 12. April treten mit Wirkung vom 21. Mai Veränderungen in den Grundbühnen und Beiträgen ein.

Die dadurch erforderlichen Meldungen über die Verdienste der Versicherten sind zum Zwecke der Neueinstellung der Versicherten in die Lohnstufen innerhalb einer Woche zu erstatten. Klasseneinteilungen, aus welchen alles Nähere ersichtlich ist, können an Kassenstelle entnommen werden.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß der Vorstand auf Grund des Gesetzes vom 27. März beschloffen hat, auf Beiträge, welche eine Woche nach der Rechnungszufassung, die zugleich als Zahlungsaufforderung gilt, nicht bezahlt worden sind, für jede weitere Woche ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben wird.

Pulsnitz, den 15. Mai 1923.

Der Vorstand.

Herrn Linke, Vorsitzender.

Das Wichtigste.

Die Sommerferien des sächsischen Landtages beginnen am 12. Juli, in der Pfingstwoche fallen die Plenarsitzungen aus.

Zur sächsischen Landtag wurde vorgestern ein bürgerlicher Antrag, beim Reich unverzüglich die bereitliegenden Vorschläge zu berücksichtigen an die Landesstriche anzufordern, angenommen.

Zur Reichstage wurde am Dienstag das Mieterschutzgesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Das Brennrecht für Brennereien, die nur noch Kartoffeln verarbeiten, ist von 100 auf 120 Prozent erhöht worden.

Der Ausschuß des Reichseisenbahnrates hat eine hundertprozentige Personalarbeiterhöhung und eine weitere Steigerung des Gütertarifs in Aussicht genommen.

Reichszentralrat Dr. Cuno war am Sonntag in Begleitung des Reichsarbeitsministers Brauns in München, um mit Vertretern des Wirtschaftsliebenden aus dem Einbruchgebiet in persönliche Fühlungnahme zu treten.

Ostern trat die neue Weisenerordnung in Kraft.

Der preussische Minister des Innern hat die proletarischen Hunderttausenden auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten.

In einer in London, Paris und Brüssel überreichten Note erhebt die Reichsregierung erneut Einspruch gegen die Rheinlandkommission widerrechtlich verfügten Massenarrestierungen von Beamten.

Japan lehnt es wegen seines gegenwärtigen Desinteresses an der Reparationsfrage ab, sich zu den neuen deutschen Vorschlägen zu äußern.

Der Eisenbahnverkehr in Belgien hat einen großen Umfang angenommen, der zu militärischem Eingreifen nötigt.

Wie Reuters aus Hankau meldet, ist in der Umgebung der Stadt eine Bande von 1000 Räubern aus Hanau erschienen, die als Preis ihres Abzuges 150 000 Dollar und die Lieferung von Munition fordern.

Die Bewohner haben die Forderungen der Räuber abgelehnt. Die Ausländer sind in großer Sorge und erwarten Anrücken. Jeder Zug der Strecke Peking-Hankau führt einen Panzerwagen mit 40 Soldaten und Maschinengewehren.

Nach einer Neuermeldung aus Colorado in Texas, hat dort ein Wirbelsturm großen Schaden angerichtet. Ein Personen wurden getötet und viele verwundet.

Wozu der Lärm?

Einige parteisozialistische Wichtigtuer hielten es für zweckmäßig, im Reichstag noch einmal ihre Auffassung über den diplomatischen Notenwechsel vorzutragen. Hermann Müller bejogte das in dem Stil, wie das schon zuvor der Vorwärts getan hatte. Außenpolitisch ist diese Aussprache ein Fehler,

der dadurch nicht abgeglichen ist, daß Müller für die Sozialdemokratie erklärte, daß an dem Widerstand im Ruhrgebiet nicht gerüttelt werden solle. Dabei ist Herrn Müller nur eine gewisse Verschlebung der Denksolge zugestanden. Er tabelte an der deutschen Note, daß sie den Widerstand an die Spitze gestellt habe. Dieser Widerstand sei Sache der Bevölkerung im Einbruchgebiet, die ihn auch nicht ausgeben werde. Dann hätte auch Müller besser daran getan, zu schweigen, zumal der furchtbar ernste Abwehrkampf kein Gegenstand parlamentarischer Unterhaltung sein kann und darf. Der Widerstand geht von der Ruhrbevölkerung aus, aber er wird unterstützt vom ganzen deutschen Volke, das die Leiden und Prüfungen mitempfindet, die das Kernvolk der Westfalen und Rheinländer erdulden muß. Indessen Hermann Müller hat unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, weshalb die Parteisozialisten eine Aussprache wünschen. Sie vermissen in der deutschen Note bestimmte Bürgschaften für die Sicherheit der internationalen Anleihen. Nun haben wir die Anleihen noch nicht. Es ist auch ein wenig wahrscheinlich, daß wir sie erhalten, weil der internationale Geldmarkt unberechenbar ist. Auch das sollten die Sozialisten berücksichtigen, daß internationale Anleihen die deutschen Sachwerte noch ganz anders erfassen werden, als sie sich das in ihrer Ahnungslosigkeit gegenüber wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhängen vorstellen. Der Parteirebner Müller hatte offenbar den Auftrag, die Sachwertschmerzen der Sozialisten abzuladen. Er behauptet, daß die Landwirtschaft sich entschuldigt habe, was in diesem Umfang nicht zutrifft. Im übrigen hat sie kein Betriebskapital, da die Papiergeldzeichen nur geringe Kaufkraft darstellen. Der Verbrauch von Dünger ist erheblich zurückgegangen, weil es der Landwirtschaft an Barmitteln fehlt, ihn und vor allem die hohen Frachtkosten zu bezahlen. Indessen hat Müller noch andere Behauptungen und Selbstenttäuschungen zum besten gegeben, die die Frage wirklich rechtfertigen, ob deshalb so viel Lärm gemacht werden mußte. Gewiß, wenn einmal die endgültige Lösung kommt, so müssen die Summen aus der Wirtschaft bezahlt werden. Ganz einseitig, ob wir das Zwischenstück internationaler Anleihen einschließen oder nicht.

Die Streitfrage ist nur, was versteht die Sozialisten unter Wirtschaft. Für sie sind es nur die Unternehmer und die Landwirte, die über unbegrenzte Mittel verfügen, und die die gesamte Wiederherstellungsschuld aus der kleinen Wirtschaft bezahlen können. Die Wirtschaft wird zahlen müssen, aber nicht irgend eine Gruppe, sondern die Gesamtträger, zu denen Arbeitgeber ebenso gehören wie Arbeitnehmer. Mit der Erfassung der Sachwerte allein ist es nicht getan. Die Sachwerte müssen fruchtbar sein, müssen Erträge abliefern, weil sonst der Kern zerfällt, sobald überhaupt nicht mehr geleistet werden kann. Wir können aber nur aus den Ueberflüssen der Wirtschaft lasten. Diese zu beschaffen, ist das Problem, das bisher

auch noch nicht einmal versucht worden ist, zu lösen. Nur einmal erklärte Reichskanzler Wirth, daß wir Mehrarbeit leisten müßten, um nicht zusammen zu brechen. Er ist auf diese Forderung nicht mehr zurückgekommen, weil vermutlich die sozialistischen Regierungsmitglieder schärfsten Einspruch gegen die Anlastung des Dogmas vom Achtsundentag erhoben haben. Vielleicht werden die deutschen Sozialisten nachdenklicher, wenn sie erfahren, welche Ratschläge ihnen vom „Daily Telegraph“ erteilt werden. Der „Daily Telegraph“ ist zur Zeit das Sprachrohr der englischen Regierung. Er steht Bonar Law ungefähr nahe, wie die „Daily Chronicle“ Lloyd George. Und das ist schon halb einerlei. „Daily Telegraph“ spricht von der lächerlichen Unzulänglichkeit der Endsumme. Das ist die Auffassung des englischen Imperialismus, der den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland fortsetzen will, nachdem der militärische und politische Krieg gewonnen worden ist. Je höher die Gesamtlust Deutschlands, je tiefer diese in die deutsche Wirtschaft verstrickt ist, desto wahrscheinlicher, daß der deutsche Wettbewerb für Menschenalter ausgeschaltet wird. Auch das sollte die deutschen Sozialisten scharf machen, daß ihnen der „Daily Telegraph“ verschwenderisch Lob spendet, daß er von ihnen sagt, sie allein seien fähig, wieder Ordnung in die zerrüttete deutsche Wirtschaft zu bringen. Der alte Bebel meinte einmal, er müßte eine Riefendummheit begangen haben, wenn ihn seine politischen Gegner lobten. Nun, der „Daily Telegraph“ ist ein schwerkapitalistisches Blatt, das von Scharfmacherei gegen den Sozialismus nur so überfließt. Nichts desto weniger lobt er die deutschen Sozialisten über den Schellenkönig, weil er offenbar hofft, sie würden Englands Industrie den Gefallen tun, die deutsche Wirtschaft durch Erfassung der Sachwerte abzuwürgen. Wir werden als Volk mit unsern Gegnern heute noch fertig, wenn wir den stahlgarten Willen aufbringen, unsere Freiheit durch Opfer und Arbeit siegreich zu behaupten und zu verteidigen.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

— (Kollekte für den Allgemeinen Kirchenfonds.) An den beiden Feiertagen des bevorstehenden Pfingstfestes soll wieder die Kollekte für den Allgemeinen Kirchenfonds in allen Kirchen des Landes gesammelt werden. Die fürchtbare wirtschaftliche Not unserer Kirche macht es jedem ihrer Glieder zur ersten Pflicht, mit allen Kräften die genannte landeskirchliche Kasse zu stärken, die schon viel Segen im Lande gestiftet, mancher Kirchengemeinde schmerzliche Hilfe gebracht hat und immer mehr zu einer Nothilfskasse für die Gemeinden unseres Landes